



Kein Geld mehr nach Libyen

Der Bund stoppt im Zuge der Geisellaffäre seine Gelder für Flüchtlingsprogramme in Libyen. Die SVP applaudiert, Amnesty Schweiz protestiert.

Von **Daniel Friedli, Bern**

Im Konflikt mit Libyen scheint nun auch die Schweiz gewillt, eine etwas härtere Gangart einzuschlagen. Wie Bundesrätin Micheline Calmy-Rey gestern den Nationalrat wissen liess, stellt ihr Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) die Zahlungen in den Wüstenstaat ein. «Beim aktuellen Stand der Dinge», so schreibt sie in der Antwort auf eine parlamentarische Frage, beabsichtige man, bis auf weiteres keine Programme mehr zu unterstützen.

Der Bund hat seit 2007 über Umwege etwas mehr als eine halbe Million Franken nach Libyen gezahlt, wobei seit dem Ausbruch der Affäre im Juli 2008 nur noch 4600 Franken ausbezahlt wurden. Das Geld floss ausnahmslos über das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge. Dieses finanziert damit Hilfsprogramme für Migranten, die auf ihrer Flucht nach Europa in Libyen landen oder dorthin zurückgeschoben werden. Der Zahlungsstopp erfolgt laut EDA im Wissen um die schwierige Lage dieser Menschen.

SVP fordert mehr Härte

Zufrieden mit dem Entscheid zeigte sich die SVP. Dass Schweizer Steuergelder in ein reiches Land wie Libyen fliessen, sei grundsätzlich unsinnig, sagt Nationalrat Lukas Reimann (SG). Und solange das

Regime die beiden Schweizer im Land festhalte, müsse man den Hahn ohnehin zudrehen. Reimanns Ratskollege Ulrich Schlüer (ZH) fügte an, der Bund müsse in diesem Konflikt generell mehr Muskeln zeigen. Er will in der nächsten Sitzung der Aussenpolitischen Kommission gar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Libyen fordern.

Überrascht und verständnislos reagierte demgegenüber die Menschenrechtsorganisation Amnesty International. «Dieser Entscheid ist fatal», sagte Sprecher Daniel Graf. Gegendruck auf das libysche Regime werde damit nicht erzeugt. Den Preis für die Krise müssten dafür Flüchtlinge zahlen, die unter prekärsten Bedingungen in Lagern lebten und wiederholt Misshandlungen ausgesetzt seien.

Dürftige Antworten

Auf andere substanzielle Antworten zum Libyen-Dossier warteten die Parlamentarier in der gestrigen Fragestunde vergeblich. Aussenministerin Calmy-Rey liess sich wegen einer Reise nach Brüssel entschuldigen, und Bundespräsident Merz' Geschäfte standen so weit hinten auf der Traktandenliste, dass er um einen Auftritt herumkam. Gesagt hätten die beiden Bundesräte indes nicht viel Neues. «Der Bundesrat arbeitet an der Umsetzung des Vertrages (...), damit die bilateralen Beziehungen normalisiert werden können und unsere beiden Landsleute zurückkehren können», lautet die schriftliche Pauschalantwort auf mehrere Fragen. Zu erfahren war immerhin so viel: Eine Änderung der Energiepolitik ist wegen des fehlenden Erdöls aus Libyen nicht nötig.